

DOKUMENTE ●

Sozialdemokratische Grundwerte und Netzpolitik

Ein Reader der Parlamentarischen Linken in der
SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.)

Philipp Otto (Autor)

Berlin, Mai 2014

 **Parlamentarische Linke**
in der SPD-Bundestagsfraktion

Vorwort	
A. Einleitung	3
B. In a nutshell: Zustand der digitalen Gesellschaft.....	5
I. Der Umgang mit dem NSA-Skandal und flächendeckender Überwachung.....	5
II. Weitere Aspekte des Status quo der digitalen Gesellschaft.....	7
C. Grundwerte der SPD und Kompatibilität mit digitalen Herausforderungen	8
I. Zentrale Kriterien: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit	9
II. Soziale Gerechtigkeit.....	10
III. Verknüpfung von Grundwerten.....	12
IV. Grundwert Freiheit	14
V. Grundwert Gerechtigkeit	16
VI. Anerkennung von Leistung.....	17
VII. Grundwert Solidarität	19
VIII. Idee des demokratischen Sozialismus	20
IX. Handlungsprinzip Soziale Demokratie.....	21
X. Primat der Politik.....	21
XI. Rolle des Marktes	24
XII. Rolle des Fortschritts	25
XIII. Politik der sozialen Demokratie	27
XIV. Rolle von Lebensqualität	27
XV. Zielvorstellung Gesellschaft	29
D. Fazit & Maßnahmen	30
I. Mut statt Angst als Grundprinzip.....	31
II. Nationales Bildungsprogramm.....	31
III. Nationales Expertengremium zur Gestaltung der Digitalisierung	32
IV. Monitoring der Gesetzeslage	32
V. Monitoring der Staatsverwaltung und insbesondere der Ministerien.....	33
VI. Das Internet gestalten	33
VII. Digitale Außenpolitik	34
VIII. Digitale Wirtschaft	34
IX. Der digital kompetente SPD-Ortsverein.....	35
X. Überarbeitung des SPD-Programms.....	35
E. Kontakt und Informationen zum Autor.....	36

Vorwort

Die Bedeutung des Wandels zur vernetzten Gesellschaft ist auf der politischen Agenda angekommen. Der Deutsche Bundestag hat erstmals einen Internetausschuss eingerichtet und die Digitale Agenda bildet einen Schwerpunkt der jetzigen Legislaturperiode. Bei vielen Fragestellungen der Digitalisierung und Vernetzung handelt es sich um neue Themenstellungen, zu denen es oft keine abschließenden Positionierungen gibt oder die oft quer zu gefestigten Meinungen stehen.

Dabei lassen sich viele dieser netzpolitischen Themenstellungen nahtlos an (sozialdemokratische) Grundwerte anschließen und können in der Konsequenz auch als eine Weiterentwicklung der Grundwerte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der digitalen Gesellschaft diskutiert werden. Die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion hat mit dem Auftrag zu diesem Reader Ordnung in die Fragestellung bringen und Hinweise darauf erhalten wollen, wie Netzpolitik an sozialdemokratische Grundwerte anknüpft und diese fortschreibt an welchen Stellen in einem sozialdemokratischen Sinne verstanden Gestaltungsaufgaben für die Politik identifizieren kann und wo sie ansetzen muss, um den Bedingungen einer digital vernetzten Gesellschaft gerecht zu werden.

Der Autor dieses Readers ist als Rechtswissenschaftler, Redaktionsleiter von iRights.info und Partner des iRights.Lab sowohl in der relevanten Theorie, als auch in der Praxis bewandert. Er hat sich dieser komplexen Aufgabe genähert, indem er die Aussagen aus den Arbeiten der Grundwertekommission der SPD herangezogen und den Phänomenen und Konfliktlinien einer digitalisierten Welt gegenübergestellt hat. Es zeigt sich, dass die Grundwerte der Sozialdemokratie auf der Höhe der Zeit und eine gute Grundlage sind, um sich aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen zu nähern.

Die Notwendigkeit des Erhalts einer freien, demokratischen und offenen digitalen Gesellschaft und der Wahrung der Freiheitsrechte, die Bedeutung von Bildung und der digitalen Selbständigkeit, eines Ausbaus parlamentarischer Kontrollgremien, ein Recht auf ein schnelles Netz im Sinne einer notwendigen Daseinsvorsorge und nicht zuletzt die Bedeutung der Bewahrung von Netzneutralität sind Beispiele für Anregungen und Forderungen, die in diesem Reader erhalten sind und wichtige Orientierungspunkte sozialdemokratischer Netzpolitik darstellen.

Die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion setzt mit der vorliegenden Arbeit eine Reihe von Veröffentlichungen fort. Die Reader sind alle als PDF auf der Homepage www.parlamentarische-linke.de hinterlegt, können dort eingesehen und dürfen kopiert und weiter verbreitet werden. Die Parlamentarische Linke ist dabei Herausgeber, die schriftlichen Aussagen geben ausschließlich die Meinung des jeweiligen Autors/der Autorin wider.

Dr. Carsten Sieling MdB, Sprecher der Parlamentarischen Linken/SPD
Lars Klingbeil MdB, netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Berlin, 2. Mai 2014

A. Einleitung

Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik und Gesellschaftspolitik ist fast immer auch Netzpolitik. Bei der Bewertung von gesellschaftlichen Entwicklungen muss dabei immer gefragt werden, wie stark oder invasiv in bestehende eingeübte Strukturen eingegriffen, diese weiterentwickelt werden oder ganz neue Bereiche und Politikfelder entstehen. Daraus entwickeln sich sodann die politischen Prioritätensetzungen und erzeugen entsprechenden Handlungsdruck. Dies gilt sowohl im negativen Sinne, betrachtet man die Risiken, die sich für die Gesellschaft oder den Einzelnen ergeben, als auch im positiven Sinne, blickt man auf die Chancen und die positiven Veränderungsmöglichkeiten. Blickt man

nun auf die Digitalisierung, so wird zunächst deutlich, dass bis heute keine interdisziplinäre positive Definition einer digitalen Gesellschaft existiert. Die Debatten sind vielmehr durch Skepsis, Angst, Unsicherheit und Einzelmaßnahmen geprägt. Dies hat zur Folge, dass die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung in vielen Fällen nicht mit der nötigen gesellschaftspolitischen Reichweite gesehen und in der Folge gestaltet werden. Wenn die Angst überwiegt, sind zwei Faktoren prägend: Zunächst der Ruf nach starker Regulierung bei jedem auftretenden Problem, zudem ergänzend eine grundsätzlich negative Herangehensweise an Probleme und Herausforderungen, die den Blick auf Gestaltungsmöglichkeiten verstellen. Nur wenn jedoch von einem grundsätzlich positiven wertegetriebenen digitalen Gesellschaftsmodell ausgegangen wird, kann tatsächlich realistisch eingeschätzt werden, welche Möglichkeiten, Chancen und auch Gefahren die jeweilige Entwicklung beinhaltet, um anschließend möglichst adäquat gestaltend tätig zu werden.

Diese Herausforderung betrifft die ganze Gesellschaft, also auch die im Bundestag vertretenen Parteien. Aufgrund der prägenden Rolle der Parteien und ihrer Fraktionen in unserem Staatsgefüge obliegt diesen nicht nur eine hohe Verantwortung, sondern auch eine gesellschaftlichen Vorbildfunktion. Gesellschaftliche Ängste und Skepsis zu einzelnen Themenbereichen und dem Internet als Ganzes sollten durch verantwortungsvolle und aktive Politik aufgenommen und nach vorne gerichtet kompensiert werden. Dazu gehört aber weit mehr, als nur auf tagesaktuelle Geschehnisse zu reagieren. Es geht zunächst um die Vermittlung eines positiven Grundverständnisses im Umgang mit der Digitalisierung für die gesamte Bevölkerung.

Die politische Behandlung des Themas Digitalisierung wird als Netzpolitik bezeichnet. Diese umfasst sowohl rein im Digitalen stattfindende Entwicklungen und den Umgang mit digital verfügbaren Ressourcen, Anbietern, Dienstleistungen und Anwendungen, als auch analog dazu, gesellschaftliche Entwicklungen und Bereiche, die nur in Teilbereichen Kontakt mit der Digitalisierung haben bzw. haben sollten. Die Digitalisierung reicht von der gesetzgeberischen Gestaltung von Inholdemärkten bis hin zu Fragen der

Netzinfrastruktur und der digitalen Kommunikation Mensch – Maschine – Mensch sowie im Verhältnis von Maschinen untereinander. Die Netzpolitik ist eine sehr junge politische Disziplin, gleichwohl wird sie in wenigen Jahren insbesondere auch aus ökonomischen Gesichtspunkten in der Verschmelzung mit anderen Politikbereichen einer der wichtigsten gesellschaftspolitischen Bereiche sein.

Dieses Strategiepapier hat zum Ziel, Hinweise auf Gestaltungsbereiche zu geben, die ausgehend von den klassischen Grundwerten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) im besonderen Fokus der Partei im Umgang mit der Digitalisierung stehen sollten. Zudem wird der Frage nachgegangen, was sozialdemokratische Grundwerte mit Netzpolitik zu tun haben und ob es den Bedarf einer Überarbeitung bzw. Ergänzung dieser Grundwerte gibt. Aufgrund der Größe der Themen und der gleichzeitig angestrebten Kürze der Ausführungen, können viele Aspekte nur in Stichpunkten benannt werden. Das Strategiepapier soll Teil des Diskussionsprozesses zur Netzpolitik innerhalb der Sozialdemokratie werden.

B. In a nutshell: Zustand der digitalen Gesellschaft

I. Der Umgang mit dem NSA-Skandal und flächendeckender Überwachung

Das vergangene netzpolitische Jahr stand im Zeichen der Enthüllungen über die weltumspannenden staatlichen Überwachungsmaßnahmen vor allem des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA, die der amerikanische Whistleblower Edward Snowden aufgedeckt hat. Es ist die erste große Krise des Internets. Der Glaube an Datensicherheit und – weitgehend gefühlte, aber eigentlich nie existierende – anonyme Kommunikation ist verloren gegangen. Die schlimmsten Befürchtungen haben sich bewahrheitet – ja, wurden noch übertroffen. Dies führt in erster Linie zu einem massiven Vertrauensverlust der Nutzer – von der

Kanzlerin bis hin zu einfachen Bürgern ohne besonders hervorgehobene gesellschaftliche Position. Für die meisten Bürgerinnen und Bürger ist das Internet auf der technischen Seite eine große Unbekannte. Nach dem Versand der E-Mail enden die Kenntnisse über alles was danach passiert oder passieren kann. Sie fühlen sich ausgeliefert. Dies ist Gift für einen aktiven und positiven Umgang mit den Chancen des Netzes. Hier wird eines der Kernprobleme des Bürgers im Umgang mit dem Netz deutlich: Technisches Unverständnis gepaart mit fehlender Transparenz der Speicher- und Verknüpfungsvorgänge und mangelndem staatlichem Schutz. Der NSA-Skandal hat aber nicht nur bei den Bürgerinnen und Bürgern zu einem Vertrauensverlust geführt – auch kleinere, mittlere und große Unternehmen sehen sich massiven Gefahren und Bedrohungsszenarien durch Industriespionage ausgesetzt.

Drei verschiedene Reaktionsformen lassen sich angesichts dieser Lage beobachten: Resignation, Aufrüstung und Sprachlosigkeit. Viele Bürgerinnen und Bürger resignieren und haben mit den Überwachungsmaßnahmen durch amerikanische und europäische Geheimdienste nun eine perfekte Begründung, sich nicht mit diesem Internet beschäftigen zu müssen bzw. angesichts der Herausforderungen an Verschlüsselung und verantwortungsvollen Umgang mit Angeboten im Netz eine vermeintlich gesellschaftlich akzeptierte Ist-doch-alles-egal-Haltung an den Tag legen zu können. Dieser Trend verstärkt sich aktuell massiv und ist für die gesellschaftliche Entwicklung wie auch die Beteiligung an der Digitalisierung und ihrer Chancen mehr als schädlich. Die zweite Reaktion ist vergleichbar mit dem wilden Um-sich-schlagen eines verletzten Tieres. Es gibt Forderungen nach nationalen Netzen, dem massiven Ausbau der Gegenspionage und weitere insbesondere im Bereich der Cyber-Security verankerten Maßnahmen. Einige dieser Maßnahmen sind schon im Aufbau begriffen. Einerseits ist es zu begrüßen, dass hier Überlegungen in alle Richtungen angestellt werden, andererseits ist es von besonderer Brisanz, wenn die Gefahr besteht, dass dies die einzige Antwort ist, die dann noch unter ungenügender demokratischer Kontrolle stattfindet. Ein dringend nötiger Ausbau parlamentarischer Kontrollgremien hat bis heute nicht stattgefunden. Das dritte

Phänomen ist die Sprachlosigkeit. Zunächst fehlen der Öffentlichkeit wie auch zuständigen geheim tagenden Gremien bis heute ein Großteil der notwendigen Informationen um den Status quo sachgerecht aufklären zu können. Die Folge ist ein Stochern im Nebel, das die Verabredungen und Überlegungen von neuen Maßnahmen und Optionen teilweise zum Vabanquespiel werden lässt.

II. Weitere Aspekte des Status quo der digitalen Gesellschaft

Schritt für Schritt wird in den meisten gesellschaftlichen Bereichen klarer, welche Bedeutung die Digitalisierung hat. Schwerpunkte der öffentlichen Diskussionen sind der Ausbau der IT-Infrastruktur, Fragen des Datenschutzes, Cyber-Security, der Umgang mit dem Urheberrecht und verwandten Schutzrechten, Wertedebatten zumeist ausgehend von Vorfällen in sozialen Netzwerken, die Frage ob das Internet bei der Datenweiterleitung strikt neutral ausgerichtet werden muss, Fragen der Haftung bei WLAN und die Bedeutung von Privatsphäre im Internet. Erste Entwicklungsschritte gibt es weiterhin bei Fragen nach internationalen rechtlichen Standards bei der Ausgestaltung verpflichtender digitaler Rechtsprinzipien, in Fragen von E-Government, bei der Ausrichtung der Wirtschaft und der Bildungslandschaft auf die Herausforderungen der Digitalisierung. Die meisten Bereiche sind dabei mehr oder weniger noch in der Konzeptionierungsphase und konzentrieren sich auf den jeweils eigenen Bereich. Eine transdisziplinäre Vernetzung und ein strategisch-digitaler Überbau fehlen zumeist. Auch steckt die Wertedebatte und die Diskussion um neue gesellschaftliche Parameter wie das Internet aussehen und die Digitalisierung gestaltet werden soll, noch in den Kinderschuhen. Die neue Bundesregierung hat nach der Konstituierung eine Vielzahl von Bundesministerien mit Einzelfragen der Digitalisierung betraut. Sie betrachtet die Digitalisierung als Querschnittsbereich, der am besten so nah wie möglich an der Fachebene gelöst bzw. bearbeitet werden sollte. Dies ist einerseits richtig, andererseits braucht es dringend eine übergeordnete Koordinierung. Mit der Gestaltung der „Digitalen

Agenda“ legt die Bundesregierung aktuell nun erste Maßnahmenpakete und Schritte für die kommenden Jahre fest.

Die Digitalisierung und mit ihr die Netzpolitik befindet sich teilweise immer noch unter dem Radar vieler Politiker. Dies vielleicht inzwischen nicht mehr dem Grunde nach, allerdings in ihrer Tragweite und politischen Bedeutung. Allerdings gibt es hier sehr schnelle und dynamische Entwicklungen, die aufbauend auf den in den vergangenen Jahren noch mühsamen Bestrebungen und Vorarbeiten von „Netzpolitikern“ aus allen Fraktionen, nun stetig auf die große Bühne kommen. Die gesellschaftlichen Debatten und Auseinandersetzungen um den „richtigen“ Umgang mit der Digitalisierung werden weit vorne auch die Parteien führen müssen. Gerade deswegen ist es elementar notwendig, dass sich die Parteien, hier die SPD, stark und zukunftsgerichtet aufstellen.

C. Grundwerte der SPD und deren Kompatibilität mit digitalen Herausforderungen

Die SPD hat für ihre politische Arbeit eine ganze Reihe an übergeordneten Grundwerten festgelegt. Diese sollen die Leitlinien ihres politischen Handelns sein. Seit der Gründung der SPD wurden diese Leitlinien mehrfach auf neuere gesellschaftliche Entwicklungen hin angepasst. Zuletzt erfolgte eine Anpassung im Jahr 2007 mit dem „Hamburger Programm“. Grundsätzlich versteht sich die SPD als „soziale und fortschrittliche Volkspartei für alle Bevölkerungsschichten. Basis der Politik der Sozialdemokraten sind ihre traditionellen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, wobei nach wie vor das Ideal des Demokratischen Sozialismus ein Ziel der SPD ist.“¹ Seit 1973 ist beim Parteivorstand der SPD die sogenannte Grundwertekommission angegliedert. Die Arbeit der Kommission soll gewährleisten, dass die Grundwerte der SPD mit den gesellschaftlichen Herausforderungen mitwachsen können, um eine

¹ Auszug aus dem Online-Dossier „Parteien“ der Bundeszentrale für politische Bildung, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42085/programm>

entsprechende Aktualität des Programms zu gewährleisten. Für eine thematische Anpassung eines bestimmten Bereiches müssen dabei zunächst drei grundsätzliche Voraussetzungen vorliegen: „1. das Vorhandensein einer langfristigen Perspektive, 2. die übergreifende Bedeutung für verschiedene Politikzusammenhänge und 3. die grundsätzliche Bedeutung für die politischen Kultur bzw. das politische Handeln.“² In diesem Papier werden nun der aktuelle Stand der Ausführungen zu „Unsere Grundwerte“³ als Grundlage für die Frage nach Kompatibilitäten mit der Netzpolitik genommen bzw. Hinweise darauf gegeben, was diese Grundwerte in Zeiten der Digitalisierung bedeuten könnten. Die kursiv gesetzten Zeilen sind dabei jeweils die Auszüge aus dem Programm der SPD.

I. Zentrale Kriterien: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, die Grundforderungen der Französischen Revolution, sind die Grundlage der europäischen Demokratie. Seit das Ziel der gleichen Freiheit in der Moderne zum Inbegriff der Gerechtigkeit wurde, waren und sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Grundwerte des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus. Sie bleiben unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine bessere Ordnung der Gesellschaft, Orientierung für das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Bewertung: Die übergeordneten allgemeinen Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Grundlage von Demokratie haben in ihrer Zielrichtung viele Kompatibilitäten mit den Herausforderungen der Digitalisierung, definieren sie doch allgemeine gesellschaftliche Wertemaßstäbe. Das Internet bzw. die

² Auszug aus dem Selbstverständnis der Grundwertekommission der SPD, abrufbar unter: http://www.spd.de/spd_organisationen/Grundwertekommission/

³ Grundwertekommission der SPD, „Unsere Grundwerte“, abrufbar unter: http://www.spd.de/spd_organisationen/Grundwertekommission/themen/

Digitalisierung nimmt sich an dieser Stelle davon nicht aus, die entscheidenden Aspekte bzw. Stellschrauben finden sich dann in den folgenden detaillierteren Betrachtungen.

II. Soziale Gerechtigkeit

Der Sozialdemokratie ging es in ihrer Geschichte immer darum, neben den rechtlichen auch die materiellen Voraussetzungen der Freiheit, neben der Gleichheit des Rechts auch die Gleichheit der Teilhabe und der Lebenschancen, also soziale Gerechtigkeit, zu erkämpfen.

Bewertung: Soziale Gerechtigkeit im Internet bemisst sich zunächst an einem gleichberechtigten Zugang zum Netz. Dieser muss unabhängig von der gesellschaftlichen oder sozialen Situation sowie unabhängig von Vermögen oder Einkommen gewährleistet werden. Hierbei ist ein hoher Maßstab anzulegen. Für Menschen in Städten ist ein Breitbandzugang Standard, auf dem Land muss das gleiche gelten. Um Verzögerungstaktiken beim Ausbau der Breitbandzugänge auf dem Land entgegenzuwirken, sollten Nutzer in Deutschland einen rechtlichen Anspruch auf einen Breitbandzugang im Sinne einer notwendigen Grundversorgung bekommen, der im Zweifel auch von Verbraucherzentralen eingeklagt werden kann. Telekommunikationsanbieter sollten dabei verpflichtet werden, über die tatsächlich zur Verfügung gestellte Bandbreite in Echtzeit Auskunft geben zu müssen. Jedes Zugangserschwerern zu Dienstleistungen, Strukturen und Angeboten im Netz ist eine Gefahr für die soziale Gerechtigkeit. Dies gilt insbesondere auch für Fragen der Geschwindigkeit, mit der Informationen erreicht, Daten verschickt und Dienste genutzt werden können. Die Priorisierung von Diensten gegen Zahlung von Geld verstößt gegen elementare Grundgedanken des frei verfügbaren Internets. Wenn die sogenannte Netzneutralität durch ein Zwei- oder Mehrklasseninternet ausgehebelt wird, drohen massive Gerechtigkeitsprobleme, insbesondere im sozialen Bereich. Die Verfügbarkeit des Netzes darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Bestehen in Einzelfällen keine ausreichenden finanziellen Mittel,

sollten die Solidarsysteme greifen und einen Zugang ermöglichen. Der Staat sollte bei Verstößen gegen die Netzneutralität mit harten Sanktionen einschreiten und das basale Prinzip eines gleichberechtigten Internets auch bei allen netzstrategischen Entscheidungen in die Erwägungsgründe einbeziehen.

Soziale Gerechtigkeit bemisst sich neben der generellen Frage des Zugangs zum Internet sowie der Zugangsgeschwindigkeit aber auch noch an weiteren wesentlichen Aspekten: der Bildung und dem Zugang zu Informationsquellen.

Bildung ist der Schlüssel, Angebote und Dienstleistungen nutzen zu können und eine Grundvoraussetzung der sozialen Gerechtigkeit. Personenkreise und –gruppen, die aus welchen Gründen auch immer nicht die notwendigen Voraussetzungen zur Nutzung erfüllen, sollten flächendeckend dabei unterstützt werden, diese zu erlangen. Das Internet bietet dabei die Chance unabhängig von Wohnort, Bildungsgrad, physischer und psychischer Verfassung, Einkommen und Sprache, individuelle Unterstützungs- und Fördersysteme zu etablieren, die passgenau ausgerichtet werden können, um maximale Erfolge zu erreichen. Wer soziale Gerechtigkeit im Internet erreichen will, sollte hierauf einen Schwerpunkt legen.

Die Vielfalt der Informationsquellen im Internet hat eine herausragende Bedeutung für Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Der freie Markt regelt die Verfügbarkeit von Angeboten. Den Teilnehmern des freien Marktes ist es dabei selbst überlassen, welche Informationen sie frei verfügbar im Netz anbieten. Die Gefahr einer Unterversorgung mit verlässlichen Informationen aus Politik, Wirtschaft, Technik, Kultur u.v.m. besteht aktuell nicht. Im Gegenteil, noch nie in der Geschichte konnten mit wenigen Klicks so viele relevante und qualitativ hochwertige Informationen im Internet abgerufen werden. Die Verantwortlichen aus Politik müssen aber darauf achten, dass diese Informationsfreiheit gewahrt bleibt und im Rahmen ihrer Möglichkeiten geschützt wird. Jedes Mehr an seriösen Informationsquellen ist dabei wünschenswert. Öffentlich-rechtlich finanzierte Informationen stellen dabei als übergeordnetes quasi staatliches

Angebot der Information und Aufklärung eine qualitative Erweiterung des Gesamtprogramms dar.

Die soziale Gerechtigkeit im Internet steht vor nie dagewesenen Chancen, aber auch vor existenziellen Angriffen. Sozialdemokratische Politik kann und sollte hier eindeutig Partei ergreifen und Stellung beziehen.

III. Verknüpfung von Grundwerten

Konservative und Liberale spielen die Grundwerte nicht selten gegeneinander aus: je mehr Freiheit, desto weniger Gerechtigkeit und umgekehrt. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Vor allem: Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander. Unser Verständnis der Grundwerte bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.

Bewertung: Gerade mit Blick auf das Internet und die dort verfügbaren Möglichkeiten und Angebote ist genau zu überprüfen, ob diese grundsätzlich positive Balance zwischen den Grundwerten nicht einer neuen Bewertung bedarf. Das Netz ist ein nahezu vollständig privatwirtschaftlich organisierter Raum, der gleichzeitig als größtmöglicher öffentlicher Raum wahrgenommen wird. In der analogen Welt garantiert der Staat, dass öffentliche Räume wie Parks, Straßen, Wiesen, Wälder etc. existieren. Diese „öffentlichen Oasen“ existieren im Netz weitestgehend nicht. Dieses Paradoxon – einerseits gefühlte Öffentlichkeit, andererseits privatwirtschaftliche Organisation – ist solange unschädlich, solange das Individuum, aber auch größere Organisationsformen von Menschen wie Verbände, Firmen, Vereine usw., keine offenkundigen Nachteile haben und kein Missbrauch stattfindet. Eine der zentralen Fragen, wie das Internet angemessen gestaltet werden kann, ist der Umgang mit diesem Spannungsverhältnis. Dabei müssen einerseits Grundregeln für private Anbieter aufgestellt werden, um Missbrauch zunächst zu definieren und in einem zweiten

Schritt im Zweifel sanktionieren zu können. Hierbei müssen alle Marktteilnehmer mit einbezogen werden. Andererseits stellt sich die Frage, ob es im Internet Bereiche geben muss, die als „öffentlich“ definiert sind, mit der Folge, dass die Nutzer andere Freiheiten und Rechte haben und sich im Zweifel in Verletzungsfällen auch wehren können. An dieser Stelle muss noch einmal an die überragende Bedeutung des Internets für die gesamte Gesellschaft erinnert werden. Das Internet ist nicht nur ein Marktplatz für Dienstleistungen und Produkte, es wird in den kommenden Jahren im Hinblick auf seine gesellschaftliche Bedeutung für ein geordnetes demokratisches Zusammenleben so wichtig wie die Wasser- und Stromversorgung zusammen.

In Zukunft wird das öffentliche Leben hauptsächlich online stattfinden: Das wird Regierung, Verwaltung, Behörden, Bildung, Gesundheit und Recht betreffen. Alles wird online verwaltet und organisiert. Behördengänge wird es mit Ausnahme weniger Bereiche nicht mehr geben. Das gesammelte Staatswissen wird digital zur Verfügung stehen und die Abläufe digital organisiert und kontrolliert werden. Deutschland hinkt dieser Entwicklung heute im Vergleich zu anderen Ländern noch hinterher, gleichwohl sind natürlich auch die Voraussetzungen für Deutschland signifikant andere, wenn man vorbildlich digitalisierte Staaten wie Estland als Vergleich heranzieht; Die Verwaltung dieser sensiblen Informationen sollte nicht überwiegend in privaten Händen liegen – die Missbrauchsgefahr wäre enorm.

Einzelne Bereiche können deswegen nicht den freien Kräften des Marktes überlassen werden. Gerade wenn man eine Balance zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Grundwerten anstrebt, müssen hierfür die Voraussetzungen geschaffen werden. Dies gilt im Besonderen für Bereiche, die nicht ohne weiteres kapitalisierbar sind, etwa im Bereich des generellen Zugangs zum Internet, der Bildung und des Funktionierens der staatlichen Verwaltung.

Die Sozialdemokratie hat sich die genannten Grundwerte zu eigen gemacht. Nimmt man diese im Lichte der aktuellen Entwicklungen im Netz ernst, besteht derzeit hoher Handlungsbedarf bei der politischen Gestaltung. Im Rahmen einer

notwendigen neuen Architektur und der Gestaltung bestehender Strukturen und Systeme, sollte es dabei zunächst keine heiligen Kühe geben. Vorschnelles Handeln verbittet sich aufgrund der hohen Sensibilität, ein „Weiter so“ ist aber noch problematischer.

IV. Grundwert Freiheit

Freiheit bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben. Jeder Mensch ist zur Freiheit berufen und befähigt. Ob er dieser Berufung entsprechend leben kann, entscheidet sich in der Gesellschaft. Er muss frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und von Furcht, und er muss die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen. Die Freiheit des Einzelnen endet, wo sie die Freiheit des Anderen verletzt. Wer anderen Unfreiheit zumutet, kann auf Dauer selbst nicht frei sein.

Bewertung: Der Grundwert der Freiheit ist wesentliches Entwicklungsmerkmal für Individuen. Freiheit im Internet bedeutet, die Freiheit zu haben zwischen Anbietern wählen zu können; die Freiheit auf Informationen zugreifen zu können; die Freiheit, im Netz Geld zu verdienen und die Freiheit sich weitestgehend anonym bewegen zu können. Freiheit hat aus Sicht des Individuums viel mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Anonymität als wesentlicher Teil der Handlungsfreiheit im Netz sollte als eines der Grundprinzipien festgeschrieben und verteidigt werden. Jeder soll selbst entscheiden können, wem er wann welche Daten zur Verfügung stellt. Er darf nicht ohne Anlass in den Fokus von Überwachung durch Staaten und Tracking durch Unternehmen kommen. Wesentlicher Aspekt hierfür ist der Wert Transparenz. Es gilt hier klare Regeln aufzustellen, wie viel Transparenz Staaten und Unternehmen liefern müssen, wie viel ihrer Geheimnisse sie offenbaren müssen und auf welche Weise diese Informationen verständlich aufbereitet werden müssen. Transparenz um ihrer selbst willen hilft nur begrenzt, wenn die Informationen nicht verstanden werden können. Das Individuum im Leitbild des aufgeklärten Verbrauchers muss aber

selbst oder durch Stellvertreter, wie beispielsweise durch Verbraucherverbände, in der Lage sein, die stattfindenden Vorgänge zu erfassen.

Je nach Modell, Struktur, Segment oder digitalem Angebot, sollte geprüft werden, ob Anbieter verpflichtet werden sollten, die Nutzer stärker in die Entscheidungen einzubinden, was mit ihren Daten geschieht. So könnten im Vorfeld der Datenerhebung Einwilligungen in die jeweiligen Nutzungen als zwingend vorgeschrieben werden. Als Alternative können Auskunftspflichten gepaart mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten im Nachgang der Datennutzung etabliert werden. Dies wird zur Folge haben, dass Unternehmen den Grad der Transparenz erhöhen und stärker als heute aufklären müssen, wie sie Nutzerdaten verwenden. Gleichzeitig wird sich der Staat im Zweifel nicht herausreden können, wenn es um die Vorhaltung, Nicht-Löschung oder Überwachung von Daten ohne richterlichen Beschluss geht. Die Sensibilität und damit auch das Vertrauen, sowohl in die Dienste als auch in die Netzinfrastruktur, durch die Bürgerinnen und Bürger steigt dadurch ebenfalls. Um im Netz als Bürgerin oder Bürger (wie auch als Unternehmen) frei handeln zu können, müssen die entsprechenden klaren Voraussetzungen und Ordnungsprinzipien geschaffen werden. Die entsprechend notwendige Prüfung sollte dabei ganz bewusst auch ein mögliches Weniger an Regulierung berücksichtigen. Es gilt auch hier einen klaren Ausgleich zwischen den Interessen zu finden. Niemand soll an der Gestaltung seiner unternehmerischen Freiheit gehindert werden, es muss aber klar sein, wo die Grenzen liegen. Die Frage bleibt, ob die Freiheit von Bürgerinnen und Bürgern aktuell noch nicht regulierte Bereiche von Unternehmungen einschränken können sollte.

Gerade Rechtssicherheit durch gezogene Grenzen kann dabei einen katalysierenden Effekt auf neue Geschäftsmodelle und Unternehmungen haben. Es liegt im Interesse Deutschlands, dass es gegenwärtig eine Vielzahl von neuen Start-ups und Geschäftsentwicklungen gibt. Eine neue Gründergeneration wächst heran. Diese Entwicklung soll nicht über Gebühr durch Einschränkungen gebremst werden. In Zweifelsfällen müssen aber entsprechende Abwägungen zwischen verschiedenen verfassungsrechtlichen wie auch programmatischen

Grundwerten der SPD vorgenommen werden. Gerade durch übergeordnete aktuelle Entwicklungen sollte das Konfliktverhältnis zwischen privater und unternehmerischer Freiheit diskutiert und abgewogen werden.

V. Grundwert Gerechtigkeit

Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird, verstößt sie gegen die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen. Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig. Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichmacherei. Im Gegenteil: Sie bieten Raum für die Entfaltung individueller Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind und bleiben verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunft dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vornherein festgelegt sein. Wir wenden uns gegen jede Form von Privilegien oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft, des Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religion.

Bewertung: Der Grundwert der Gerechtigkeit hat viele Überschneidungen mit bereits genannten Aspekten wie Zugang zu digital verfügbaren Informationsquellen durch gleichberechtigten Netzzugang, Netzgeschwindigkeiten und Bildungsfragen. Die Gerechtigkeit von Zugangsmöglichkeiten bedingt die Gleichheit von Lebens- und Entwicklungschancen. Dies gilt in Zeiten des lebenslangen Lernens auch unabhängig vom Alter eines Menschen. Erst der gleichberechtigte Zugang zum

Netz ermöglicht die hoch individuellen Gestaltungs-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten und mithin die Entwicklung des Individuums mit Hilfe des und im Internet. Der Wohnort, das Herkunftsland oder weitere Aspekte dürfen nicht über die digitale Beteiligung oder den Versuch der Verwirklichung eines Geschäftsmodells oder kreativer Leistungen entscheiden. Gerade im Angesicht der Ausgestaltung des Netzes sollte der Grundwert „Gerechtigkeit“ zur deutlicheren Klarstellung um digitale Aspekte erweitert werden.

VI. Anerkennung von Leistung

Leistung muss anerkannt und respektiert werden. Gerecht ist eine der Leistung angemessene Verteilung von Einkommen und Vermögen. Eigentum verpflichtet: Wer überdurchschnittlich verdient, mehr Vermögen besitzt als andere, muss auch mehr zum Wohl der Gesellschaft beitragen.

Bewertung: Das Leistungsprinzip hat aufgrund des ökonomischen Charakters des Internets eine hervorgehobene Stellung. Die digitale Wirtschaft wird in Zukunft auch in Deutschland ein massiver Motor der Wirtschaftskraft sein, insbesondere dann, wenn die kleineren und mittleren Unternehmen den Sprung in die Digitalisierung geschafft haben. Mit dem Internet Geld zu verdienen, ist hoch erwünscht, nützt dies doch in vielerlei Hinsicht der gesamten Gesellschaft. Es geht neben der im Programm benannten Anerkennung und des Respekts für diese Leistungen darum, aus staatlicher Sicht ideale Rahmenbedingungen zu schaffen, um weiteres Wachstum zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere auch für alternative Geschäftsmodelle, Güter unter alternativen Lizenzsystemen und für die Unterstützung bei komplizierten Markteintritten, beziehungsweise für die staatliche Unterstützung für konkurrenzfähige digitale Alternativmodelle zu bestehenden großen Wettbewerbern. Mehr Wettbewerb sollte als klares Ziel auch für den digitalen Sektor definiert sein. In Bereichen, in denen die Leistung zwar hoch ist, gleichwohl der finanzielle Ausgleich oder der Umsatz qua Tätigkeit gering ist – dies gilt insbesondere für Maßnahmen im Bildungssektor und oftmals zu Beginn bei alternativen Geschäftsmodellen –, sollte der Staat ebenfalls ein

besonderes Auge darauf haben. Ansonsten scheitert die Zielvorstellung „*Gerecht ist eine der Leistung angemessene Verteilung von Einkommen und Vermögen*“.

Dass Eigentum auch verpflichtet, ist bereits in der Verfassung niedergeschrieben. Dies wird einerseits über die Steuern geregelt. Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit sich hierfür für das Internet Besonderheiten ergeben. Eine Überlegung dazu lautet, umsatzstarken Wettbewerbern einen anderen Grad an Aufklärungspflichten zuzumuten, als anderen, beispielsweise neuen und kleineren Marktanbietern. Differenzierungen in diesem Bereich berühren zwar grundsätzlich die Frage der Gleichheit, es ist jedoch ausfindig zu machen, ob in den jeweiligen Segmenten und bei gleichen oder vergleichbaren Einfluss- und Unternehmensgrößen zwischen diesen Anbietern durch neue Regelungen wieder eine Gleichheit entsteht und dadurch möglicherweise ein größerer Beitrag zu gesellschaftlichen, nicht rein monetären, Belangen erreicht werden kann.

Bislang ungeklärt ist die Frage, wie Tätigkeiten von Unternehmen gewertet werden, die sowieso bereits einen überdurchschnittlich großen Beitrag zum Wohl der Gesellschaft leisten. Beispielhaft könnte man hier an Unternehmen denken, die Inhalte unter freien und damit gemeinwohlorientierten Lizenzen stellen und dadurch die öffentliche Verfügbarkeit von wertvollen Informationen erhöhen. Ähnliches gilt für die Verfügbarmachung von analogen Werken, beispielsweise Büchern oder anderen verwaisten Werken. Wenn diese Informationen nicht monopolisiert, sondern öffentlich zugänglich gehalten werden, sollte dies aus Sicht des Staates belohnt werden, auch um Anreize für vergleichbare Unternehmungen zu schaffen. Überdurchschnittliche Leistungen im Sinne des Gemeinwohls sollten hierbei nicht grundsätzlich von ökonomischen Verwertungen ausgeschlossen werden. Zentraler Aspekt wäre jedoch immer die Verfügbarkeit unter freien Lizenzen.

VII. Grundwert Solidarität

Solidarität bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung, das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität.

Bewertung: Das Internet ist das größte Solidarsystem der Geschichte. Alle im Programm genannten Aspekte sind genuiner Bestandteil der spezifischen Kommunikation zwischen Personen im Netz. Neue Netzwerke, neue Unterstützungsstrukturen und neue thematische Gruppen und Anlaufpunkte machen das Internet zum solidarischsten Ort der Welt. Neben vielen anderen netzprägenden Aspekten wie ökonomischen Strukturen, Möglichkeiten der Informationsbeschaffung sowie der Bereitstellung von kreativen Leistungen bildet der oftmals unterschätzte Bereich der Solidarität einen weiteren charakteristischen Bereich im Netz. Gegenseitige Unterstützung bei der Lösung von Problemen überwiegt vielfach negative Auswirkungen wie Mobbing oder andere Formen der kollektiven Entblößung und Diskriminierung. Die negativen Aspekte dürften selbstverständlich keineswegs klein geredet werden und müssen bekämpft werden, gleichwohl überwiegen die positiven Aspekte deutlich.

Der Sozialstaat als Ordnungsrahmen ist zum Schutz dieser Strukturen verpflichtet. Dieser Schutz kann sich durch eine moderne Internetgesetzgebung genauso wie durch die Gewährleistung des Zugangs unter den bereits genannten Aspekten realisieren. Darüber hinaus ist jedoch elementar, dass in die vom Ursprungsgedanken her freiheitlichen Aspekte dieser Strukturen nur in Ausnahmefällen von staatlicher Seite eingegriffen wird. Bevor reguliert wird, sollten freiwillige Maßnahmen im Vordergrund stehen und andere Problemlösungen gefunden werden. Ist dies nicht möglich, muss eine harte

Regulierung möglich sein. Hierbei dürfen aber Grundsätze wie das Recht auf Anonymität nicht angetastet werden.

An vielen Stellen im Netz gibt es inhaltliche und strukturelle Auseinandersetzungen über die Frage wie bestimmte Bereiche ausgestaltet werden sollten. Beispiele hierfür finden sich oben im Kapitel zum Zustand der digitalen Gesellschaft. In allen Fällen sollte aus Sicht des Gesetzgebers besonders sensibel und unter Einbeziehung aller Beteiligten vorgegangen werden. Aktionismus führt zu möglicherweise nicht mehr reparablen Kollateralschäden.

VIII. Idee des demokratischen Sozialismus

Demokratischer Sozialismus: Unsere Geschichte ist geprägt von der Idee des demokratischen Sozialismus, einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte verwirklicht sind. Sie verlangt eine Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer und menschlicher Sicherheit führen können.

Bewertung: Das Internet ist ein multinationales Netzwerk. Nationale Wertemaßstäbe kommen oft an Grenzen, sobald man versucht, internationale Entwicklungen, Angebote und Aspekte in einem nationalen Raster zu regeln. Um die genannten Aspekte zu sichern, muss Internetpolitik als Teil der Außenpolitik verstanden werden. Deutschland ist neben den europäischen Partnern auch auf internationale Partner angewiesen, die oft ein ganz anderes Grundverständnis des Internets haben, beziehungsweise deren Moral- oder ökonomische Vorstellungen von den deutschen Parametern stark abweichen. Nimmt man systemische Ideen wie die des oben angeführten Demokratischen Sozialismus oder anderer in Deutschland üblicher konservativer oder liberaler Gesellschaftsvorstellungen, so sollte schnell klar sein, dass rein deutsche

Vorstellungen vom Internet nicht per se Weltstandard werden können. Hier gilt es sehr sensibel den freiheitlichen Charakter des Internets mit all seinen Möglichkeiten und Chancen zu vermitteln. Dies setzt die Bereitschaft voraus, über die verschiedenen Aspekte zu diskutieren, gleichzeitig aber den Gegenüber nicht vor den Kopf zu stoßen, ohne die eigenen Vorstellung über die Entwicklung des Internet zu verheimlichen. Um diese Idee vermitteln zu können, ist es dringend erforderlich, die positive Vision eines freiheitlichen und solidarischen Internets zu definieren. Programmatisch sollte das Internet als thematischer Bereich innerhalb der sozialdemokratischen Grundwerte explizit aufgenommen werden – nicht nur als Medium, sondern auch als gestaltender und zu gestaltender Teil von Gesellschaften.

IX. Handlungsprinzip Soziale Demokratie

Das Ende des Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus nicht widerlegt, sondern die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt. Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.

Bewertung: Gerade vor dem Hintergrund aktueller Konflikte, die sich direkt oder indirekt auf das Internet, Anbieter und Anwendungen auswirken, ist eine programmatische Verankerung eines so wesentlichen Instruments elementar.

X. Primat der Politik

„Primat der Politik und Prinzip der Nachhaltigkeit: Weil wir an diesem Ziel festhalten, bestehen wir auf dem Primat demokratischer Politik und widersprechen der Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische. Dabei haben wir einen weiten Begriff des Politischen, der nicht auf den Staat reduziert

werden darf, sondern zivilgesellschaftliche Allianzen und Netzwerke wie auch das freie, selbstbestimmte Handeln der Menschen einschließt. Politik muss dafür sorgen, dass nicht zur bloßen Ware wird, was nicht zur Ware werden darf: Recht, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, natürliche Umwelt. Die Demokratie wird sich in Zukunft darin bewähren müssen, dass sie den Zugang zu diesen öffentlichen Gütern gewährleistet, die politische Verantwortung für die Daseinsvorsorge behauptet, die eine gerechte Verteilung von Lebenschancen erst ermöglicht. Das ist in einer Welt knapper werdender Ressourcen mehr denn je erforderlich und darf nicht dem Markt überlassen werden.“

Bewertung: Das Primat der Politik hat im Netz hohe Relevanz. Gerade ob des internationalen auf der einen Seite und des stark ökonomischen Charakters des Netzes auf der anderen Seite besteht in vielerlei Bereichen die Gefahr, dass diese Grundausrichtung nicht mehr angemessen wahrgenommen werden kann. Es fehlt ein moderner internationaler Rechtsrahmen, der Bürgerinnen und Bürger vor überbordenden Eingriffen schützt und die notwendige Orientierungsfunktion leisten kann. Gerade im Bereich der Kultur droht die Gefahr, dass kulturelle Güter maximal verwertet werden sollen und somit die Zugänglichkeit durch überbordende Schutzfristen und fehlenden weitreichenden Regelungen für nicht genutzte Werke stark beschränkt wird. Die Mittler von Kultur – Museen, Archive, Bibliotheken und weitere Einrichtungen – müssen deswegen an dieser Stelle im Hinblick auf die Digitalisierung von kulturellen Gütern und ihrer Verfügbarmachung stärker unterstützt werden. Mit dem Internet und der Digitalisierung geht ein Kontrollverlust über fluktuierende digitale Güter einher. Dieser kann nur durch stark repressive Maßnahmen eingegrenzt werden, wie Echtzeitüberwachung nicht-anonymer Nutzer und Blockaden und Filterung von Teilbereichen der digitalen Infrastruktur. Will man dies, müsste man die rote Linien von Bürgerrechten und elementaren Freiheiten überschreiten, die nicht mehr von den Grundwerten der SPD gedeckt wären.

Der Zugang zu öffentlichen Gütern muss im digitalen Zeitalter zudem neu definiert werden. In der analogen Welt haben sich viele der nun relevanten Fragen nicht gestellt. Mit der Digitalisierung erlangen aber plötzlich öffentliche

Güter eine weitere Relevanz, nach denen in analogen Zeiten niemand gefragt hatte. Ein Beispiel hierfür sind Fernsehsendungen. Sämtliche Werke, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk produziert oder produzieren lässt, sind öffentliche Güter, da sie mit öffentlichem Geld bezahlt wurden. In Zeiten der Haushaltsabgabe beteiligt sich jeder deutsche Haushalt an diesen Kosten, unabhängig davon, ob er das Programmangebot nutzt oder nicht. In Zeiten der Digitalisierung ist es nicht zu vermitteln, dass nicht sämtliche Werke, die öffentlich finanziert wurden, unter freie Lizenzen gestellt werden, um dauerhaft für die Öffentlichkeit zugänglich zu sein. Bei eingekauften ausländischen Produktionen können die öffentlichen Sender darauf achten, dass entweder entsprechende Lizenzen für übersetzte Fassungen mitverhandelt werden, oder es in eng begrenzten Fällen Ausnahmen gibt. Aktuell sind nur sehr wenige Sendungen online und noch weniger stehen unter freien Lizenzen zur Verfügung. Die Umkehrung des Regel-Ausnahme-Prinzips ist hier überfällig.

Ein weiteres, hier zu nennendes Beispiel ist der Bereich der amtlichen Werke – im Regelfall sind dies Gerichtsurteile, Gesetze, Verordnungen und so weiter. Staat und Regierung produzieren in Wissenschaftseinrichtungen, Verwaltungen und Behörden eine enorme Menge an öffentlich bezahlten Werken. Wenn es sich hierbei nicht um sicherheitsrelevante Betrachtungen handelt, sollte aber kein Zweifel bestehen, dass diese Werke öffentlich sind. Aktuell fallen viele dieser Werke nicht unter den Passus der amtlichen Werke und unterliegen einem harten Urheberrecht, das eine Nutzung der Werke beispielsweise auf der eigenen Website zumeist verhindert. Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zu aktuellen politischen Fragen könnten so unter freien Lizenzen im Netz dauerhaft zum Abruf und zur politischen Bildung der Bürger bereitstehen.

Im Grundwertekatalog der SPD ist der Umgang mit öffentlichen Gütern deutlich formuliert: *„Die Demokratie wird sich in Zukunft darin bewähren müssen, dass sie den Zugang zu diesen öffentlichen Gütern gewährleistet, die politische Verantwortung für die Daseinsvorsorge behauptet, die eine gerechte Verteilung von Lebenschancen erst ermöglicht.“* Anachronismen in der Bewertung von

öffentlichen Gütern müssen ausgeräumt werden. Weitere Aspekte wie die grundsätzliche Relevanz des Internets zur Daseinsvorsorge etc. wurden weiter oben benannt.

XI. Rolle des Marktes

Für uns ist der Markt ein notwendiges und anderen wirtschaftlichen Koordinierungsformen überlegenes Mittel. Der sich selbst überlassene Markt ist jedoch sozial und ökologisch blind. Er ist von sich aus nicht in der Lage, die öffentlichen Güter in angemessenem Umfang bereitzustellen. Damit der Markt seine positive Wirksamkeit entfalten kann, bedarf er der Regeln, eines sanktionsfähigen Staates, wirkungsvoller Gesetze und fairer Preisbildung. Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, angesichts von Globalisierung und ökologischer Krise betrachten wir Nachhaltigkeit als das einzig verantwortbare Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns. Das Prinzip Nachhaltigkeit bedeutet: von der Zukunft her denken; dem Primat der Kurzfristigkeit widerstehen und ebenso der Dominanz des Ökonomischen, der rein betriebswirtschaftlichen Logik; von der Idee der Gesellschaft her die Politik konzipieren und demokratische Vielfalt, ökologische Dauerhaftigkeit, soziale Integration und kulturelle Teilhabe als Leitideen sozialdemokratischer Politik verstehen.

Bewertung: Das Prinzip der Nachhaltigkeit muss gerade im Umgang mit der Digitalisierung stark unterstrichen werden. Insbesondere der Aspekt „von der Zukunft her denken“ ist in der aktuellen Internetgesetzgebung und weiteren Maßnahmen kaum existent. Es fehlt in vielen Bereichen an einer Vorstellung- und Entwicklungsperspektive für die digitale Welt. Es ist eine Politik des Reagierens und nicht des vorausschauenden Gestaltens. Gerade aber Fragen der zukünftigen Datensicherheit, des Wertes von Daten und ihrer Schutzfähigkeit, der rechtlichen Gestaltung von Aspekten des „Internet der Dinge“, einer neuen Medienordnung und neuen Strukturen für den Umgang und Handel mit digitalen Waren und Gütern führen bei kurzem Nachdenken vor

Augen, dass diese Entwicklungen erst dezidiert beleuchtet werden müssen, bevor Leitlinien entwickelt werden können. Gerade in den Frühphasen neuer technischer Entwicklungen können gestaltend aber schon Richtschnüre eingezogen werden – nicht um Forschung und Entwicklungen zu begrenzen, sondern um rechtliche Sicherheit zu geben und Innovationen zu ermutigen. Die digitale Revolution ist mit der industriellen Revolution zu vergleichen. Bei letzterer haben sich Regelungen vielfach erst entwickelt, wenn etwas schief gelaufen ist. Auch bei der Digitalisierung wird es diesen großen Bereich geben. Das muss nicht per se schlecht sein, da man sich so vor Überregulierung schützen kann. Grundlegende Richtlinien, die aus Grundgedanken und Grundwerten gespeist werden, sollten unabhängig davon definiert und eingewoben werden.

Aspekte zur Frage der Dominanz ökonomischer Aspekte über öffentliche Belange, siehe weiter oben.

XII. Rolle des Fortschritts

Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert verlangt die Verbindung von sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung: Sie zielt auf qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit durch Gestaltung der Technik, wissenschaftlichen Fortschritt und verantwortlichen Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen und den unbegrenzten Möglichkeiten menschlicher Kreativität.

Bewertung: Das Internet ist ein ständiger Fortschritts- und Innovationsmotor, der nicht nur neue Industriezweige schafft und „alte“ zur Innovation zwingt, sondern an allen Stellen unserer Gesellschaft enormes Veränderungspotential entfaltet. Die Veränderungen stehen dabei gerade erst am Anfang. Auch geht mit den Möglichkeiten des Internets eine erhebliche Verbesserung der Lebensqualität

einher. Das Internet ist aber kein Perpetuum mobile des Fortschritts – es gibt bei all diesen Entwicklungen immer zwei Seiten.

Beispielhaft kann man das an der digitalen Erhebung von Gen-Datensätzen und Krankenakten sehen. Auf der einen Seite bergen höchstprivate, verknüpfte Daten ein erhebliches Erpressungspotential für den Einzelnen, auf der anderen Seite erlauben Analysen mithilfe großer Datenmengen möglicherweise Rückschlüsse auf Ursachen von Erkrankungen und erlauben eine bessere Vorsorge.

Viele Anwendungsfälle, die gesellschaftlich hoch umstritten sind, kann man aus höchst verschiedenen Gründen ablehnen. Ob dies immer klug ist, steht auf einem anderen Blatt. Ein Beispiel hierfür ist die „Überwachung“. In der netzpolitischen Debatte ist Überwachung stark negativ konnotiert: Tracking unseres Nutzungsverhaltens im Netz, abgehörte Telefon- und Internetanschlüsse, Computerkameras, die man abklebt, damit sie einen nicht filmen können, Funkzellenabfragen etc. Jedem, der sich in den netzpolitischen Debatten bewegt, fallen eine Vielzahl von Aspekten „der Überwachung“ ein. Aber: „Überwachung“ ist zunächst einmal völlig wertneutral. Unter Überwachung versteht man die zielgerichtete Beobachtung und Informationserhebung von Objekten, Personen oder Gegenständen⁴. Jedem fallen beim zweiten Nachdenken aber auch viele Bereiche „guter“ Überwachung ein – je nach Sichtweise des Betrachters: Videoüberwachung in Bahnhöfen, Tsunami-Warnmelder im Pazifik, ADAC-Hubschrauber über der Autobahn etc. Fortschritt ist immer das, was man aus einer technischen Entwicklung macht. Das entscheidende Merkmal ist dabei die Frage der Gestaltung. Diese Gestaltung ist der wertegetriebene Bereich. Und genau für diesen Bereich gilt es Werte, Möglichkeiten und Grenzen zu definieren. Die oben allgemein formulierten Grundsätze sind in ihrer Allgemeinheit für die meisten Bereiche im Umgang mit dem Internet geeignet. Je nach Konfliktsituation ist es aber wünschenswert, dass es stärker wertebezogene Entscheidungen gibt. Dies gilt gerade in

⁴ Nachzulesen hier: <http://de.wikipedia.org/wiki/Überwachung>

Risikotechnologien in der Informationsgesellschaft. Grundsätzlich sind Wissenschaft und Forschung – neben ihrer zunächst vorhandenen relativen Wertneutralität – ein wesentlicher Wachstumsmotor der digitalen Gesellschaft.

XIII. Politik der sozialen Demokratie

Politik der Sozialen Demokratie: Die soziale Demokratie setzt dem ökonomisch verkürzten Verständnis der Gesellschaft ein an den humanen Werten der gleichen Würde und des gleichen Respekts orientiertes Bild des Menschen entgegen. Menschen stehen nicht nur in Konkurrenz zueinander, sie brauchen einander. Der Sinn ihres Lebens ergibt sich nicht aus dem Verfügen über marktgängige Wirtschaftsgüter. Menschen sind mehr als Konsumenten und Produzenten, deswegen widersetzen wir uns der Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

Bewertung: Wesentliche Aspekte der programmatisch verankerten „sozialen Demokratie“ überschneiden sich mit bereits weiter oben behandelten Themenkreisen. Das Internet ist zusammengefasst ein Vorreiter der sozialen Demokratie, wenn wesentliche Grundvoraussetzungen geschaffen werden beziehungsweise erhalten bleiben und technisch wie gesellschaftlich gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten gewährleisten.

XIV. Rolle von Lebensqualität

Lebensqualität ist mehr als die Jagd nach materiellem Wohlstand. Die Menschen verlangen intakte Gemeinschaften, in denen es friedlich und solidarisch zugeht, in denen gleiche Chancen und Rechte gelten, auch zwischen den Geschlechtern. Die Menschen suchen Anerkennung, das Gefühl, gebraucht zu werden, nicht nur im Beruf. Sie leben in und von den Beziehungen in der Familie, zu Partnern, Kindern und Freunden. Dazu brauchen sie Zeit. Wirklich reich sind Menschen nur in einer Gesellschaft, die ihnen mehr selbstbestimmte und freie

Zeit gibt. Ein Leben ausschließlich nach der Stoppuhr, im Rhythmus pausenloser Verfügbarkeit, steht dazu im Widerspruch.

Bewertung: Gerade durch das Internet wird die Selbstbestimmung und die freie Zeit des Einzelnen erhöht. Eine pausenlose Verfügbarkeit der Person ist nicht mit der pausenlosen Verfügbarkeit des Internets zu verwechseln. Die Digitalisierung führt in vielen Arbeitsbereichen zur Auflösung der Grenze zwischen Arbeit und Freizeit. Dies ist für viele ein Problem, für andere aber eine positive Entwicklung. Oft wird die pausenlose Verfügbarkeit einer Person insbesondere im Arbeitskontext auf das ständig verfügbare Internet geschoben – das ist aber schlicht falsch. Das Problem liegt hier entweder in der nicht regulierten, eigenverantwortlich zu bestimmenden Arbeitszeit und den Kapazitäten des Arbeitnehmers oder in schlecht geregelten Arbeitsverträgen und in einem falsch verstandenen Arbeitsethos. Die programmatischen Ausführungen oben sind in ihrer Allgemeinheit deswegen grundsätzlich richtig und haben keinen spezifischen Internet- sondern vielmehr einen Arbeitssituationsbezug bei dem auch, neben vielen weiteren, digitale Aspekte eine Rolle spielen.

Gerade im Kontext von Arbeitsstrukturen kann das Internet positive Effekte hervorbringen. Durch die Entkoppelung von Arbeits- und Wohnort, Arbeitszeit und Verfügbarkeit existiert ein hohes Potential zur Gestaltung guter Arbeitsbedingungen. Auch die verstärkte Automatisierung in der Industrie kann in vielen Branchen zu mehr Arbeitssicherheit und besseren Jobs führen. Dass eine konkrete Bewertung hier von Einzelfällen abhängt, ist ersichtlich. Wichtig ist an dieser Stelle, dass Automatisierung und der Einsatz des Internets im Kontext von Arbeit auch positive Potentiale auf die oben genannten Ausgestaltungspotentiale haben können. Negative Aspekte und Begleiterscheinungen gibt es selbstverständlich auch, dies ist aber in Zeiten von Strukturveränderungen immer so. Das emanzipatorische Potential für Arbeitnehmer, Freiberufler und insbesondere für Personen mit Behinderungen ist enorm und sollte nicht nur in den Fokus der politischen Debatten in diesem Bereich gerückt, sondern auch genutzt werden. Gleichzeitig müssen negative Auswirkungen identifiziert und im positiven Sinn gestaltet werden.

XV. Zielvorstellung Gesellschaft

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Dynamik und Innovation Fortschritt schaffen. Wir wollen dabei aber die Grundlagen des menschlichen Zusammenhalts bewahren und stärken. Individualität und die Chance zur Vielfalt der Lebensentwürfe sind hohe Werte, aber sie können auch Bindungsverluste und neue Konflikte bewirken. Unübersichtlichkeit ist die Kehrseite von Vielfalt und gesellschaftlichem Wandel, sie verstärken den Wunsch nach Halt und Orientierung. Wir wollen deshalb dazu beitragen, dass Menschen sich angenommen, zugehörig und daher sicher fühlen. Soziale Demokratie garantiert nicht nur die bürgerlichen, politischen und kulturellen, sondern gleichermaßen die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte aller Menschen. Sie sichert die gleichberechtigte soziale Teilhabe aller durch gesellschaftliche Demokratisierung, vor allem Mitbestimmung, durch den auf Bürgerrechte gestützten vorsorgenden Sozialstaat und durch eine koordinierte Marktwirtschaft, in der der Vorrang der Demokratie vor den Märkten gewährleistet ist.

Bewertung: Die weitgehende Zusammenfassung der sozialdemokratischen Grundwerte in diesem Abschnitt sind ein ambitioniertes und gleichzeitig begrüßenswertes Ziel. Grundwerte sind immer theoretisch und müssen durch die Praxis mit Leben erfüllt werden. Die Digitalisierung führt hier zu wesentlichen, neuen Herausforderungen, will man Bürgerinnen und Bürger nicht nur als Konsumenten, sondern auch als gesellschaftlich-politische Wesen betrachten. Jeder einzelne Aspekt muss deswegen auf die Frage, was dies im Detail in einer parteipolitischen Praxis bedeutet, intensiv abgeklopft werden. Die Gesellschaft ohne das Internet zu denken, wäre ein kapitaler Fehler. Die Grundwerte der SPD kommen zu einem Großteil aus Zeiten ohne Digitalisierung und Internet. Eine genaue und tiefgreifende Überprüfung auch vor dem Hintergrund möglicher Ergänzungen ist deswegen nötig.

D. Fazit & Maßnahmen

Die übergeordneten Grundwerte der SPD erfassen in den allermeisten Fällen aufgrund ihrer allgemeinen Formulierungen auch die zentralen Aspekte und Herausforderungen die mit einer digitalisierten Gesellschaft einhergehen. Aufgrund der anstehenden massiven Umwälzungen unserer Gesellschaft sollte die SPD-Programmatik dennoch im Lichte der Digitalisierung leicht überarbeitet und spezifisch ergänzt werden.

Noch ist die SPD nicht „die“ Internetpartei. Allerdings können Maßnahmen ergriffen werden, um genau eine solche zu werden. Aus politisch-strategischen Gesichtspunkten ist dies dringend zu empfehlen, da bislang keine der anderen Parteien von den Bürgerinnen und Bürgern mit diesem Themenbereich identifiziert wird. Gerade mit der Verankerung in breiten Bevölkerungsschichten ist die SPD hierfür prädestiniert. Eine der wesentlichen Herausforderungen ist dabei, die positive Vision einer digitalisierten Gesellschaft zu entwickeln. Die Debatten um das Internet und seine Gestaltung sind zumeist negativ konnotiert, es wird in Abwehrszenarien argumentiert und gehandelt. Bislang fehlt als Gegenmodell eine wertegetriebene positive Vision einer digitalen Gesellschaft. Diese ist aber nötig um eine offensive zukunftsorientierte Gestaltung der Digitalisierung in allen Gesellschaftsbereichen zu ermöglichen.

Die Grundwerte der SPD können als Orientierung nicht nur für tagesaktuelle Fragestellungen sondern insbesondere auch für eine übergeordnete gesellschaftliche Vision herangezogen werden. Als Leitplanken sind die Grundwerte ein guter Orientierungsrahmen. Insbesondere vor dem Hintergrund strittiger Gestaltungen wie die der Vorratsdatenspeicherung, des Leistungsschutzrechtes für Presseverleger, der Festschreibung und Durchsetzung von Netzneutralität oder auch der Verankerung von möglichen neuen Rechtsansprüchen zugunsten von Nutzerinnen und Nutzern sollte der übergeordnete Rahmen nicht aus dem Blick verloren werden. Die besondere Verantwortung der SPD in diesem Bereich ist unbestritten.

Neben vielen tagesaktuellen und strategischen Vorschlägen die im Rahmen der Digitalen Agenda und auch der Positionierung aktuell erarbeitet werden, können noch folgende ergänzende, teilweise grundsätzliche und strukturelle Aspekte als weitere mögliche Maßnahmen bzw. gestalterische Hinweise empfohlen werden:

I. Mut statt Angst als Grundprinzip

Die digitale Gesellschaft muss als das verinnerlicht werden was sie ist, eine tiefgreifende Veränderung der Art und Weise wie wir leben, wie wir arbeiten und wie wir unsere Freizeit verbringen. Die Einflüsse auf die Wirtschaft und die Leitlinien der Gesellschaft sind enorm. Immer wenn solche massiven Veränderungen anstehen, gibt es sehr viele Menschen, Unternehmen und auch ganze Wirtschaftsbereiche, die Veränderungen nicht wahrhaben wollen, sie verdrängen und manchmal auch einfach schlicht Angst davor haben. Sozialdemokratische Politik muss genau auch an dieser Stelle ansetzen und die Angst nehmen. Vor der Digitalisierung muss man sich nicht fürchten, man muss sie gestalten, die Chancen ergreifen und die Risiken minimieren und bekämpfen. Für die Arbeit einer Volkspartei bedeutet das, die Sorgen ernst zu nehmen und Alternativen aus der vermeintlich misslichen Lage aufzuzeigen. Dazu sind massive gesellschaftliche Anstrengungen nötig.

II. Nationales Bildungsprogramm

In allen bestehenden Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen muss das Lernen, Kennenlernen und Weiterbilden über die Folgen und die Gestaltung der Digitalisierung fest verankert werden. Die Digitalisierung ist ein Hauptfach. Alleine dies genügt aber noch nicht. Die Bundesregierung wie auch die SPD sollten sich zum Ziel setzen, Weiterbildungsmaßnahmen für die gesamte Bevölkerung zu etablieren. Jeder und jede sollte die Möglichkeit haben ein digitales Training zu absolvieren. Die Erstellung eines solchen nationalen

Weiterbildungsplanes Internet würde dabei sehr eng mit der Programmatik der SPD korrespondieren.

III. Nationales Expertengremium zur Gestaltung der Digitalisierung

Im Rahmen der Digitalen Agenda beginnt die neue Bundesregierung aktuell damit, die im Koalitionsvertrag formulierten Ziele mit Leben zu erfüllen. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist zu prüfen, ob es gelingt transdisziplinär Maßnahmen und Katalysatoren für die Digitalisierung zu verschränken und das gesammelte Know-How für eine zukunftsweisende Gestaltung Deutschlands in Strukturen einzubinden. Die Zeit der Labels und Schlagworte wenn es um die Digitalisierung geht, ist vorbei. Nun geht es in allen Bereichen um konkrete Umsetzungsfragen. Die Bundesregierung wird dies nicht alleine schaffen können. Eine enge Verzahnung mit allen gesellschaftlichen Bereichen ist hierfür zwingend nötig.

IV. Monitoring der Gesetzeslage

Nahezu alle geltenden Gesetzestexte kommen aus der Zeit vor der Digitalisierung. Seit einigen Jahren werden hier und da leichte Anpassungen bzw. Ergänzungen vorgenommen. Die juristische Welt ist aber auch im Bereich der Gesetze nach wie vor durch und durch analog gedacht. Eine Expertengruppe sollte sich deswegen in den nächsten drei Jahren sämtliche Gesetzestexte und Verordnungen ansehen und systematisch auf die Kompatibilität mit der Gestaltung der digitalen Welt auf der einen und Fragen des Bürokratieabbaus auf der anderen überprüfen und entsprechende Änderungsvorschläge machen. Ein digitaler Staat braucht hoch flexible und passgenaue Gesetze als Gestaltungselemente.

V. Monitoring der Staatsverwaltung und insbesondere der Ministerien

Einheiten der staatlichen Verwaltung müssen auf die Herausforderungen einer digitalen Gesellschaft umgestellt werden. Wenn wir davon ausgehen, dass in wenigen Jahren alle Planungs- und Behördenvorgänge wie auch der Kontakt mit dem Bürger digitalisiert sind, bedeutet dies gerade in etablierten Verwaltungsstrukturen ein enormes Maß an Veränderungswillen. Hierbei sind sowohl Binnenvorgänge in den Häusern wie auch eine komplett neue Usability in der Bereitstellung von Informationen und Dokumenten wie auch der Betreuung von Verwaltungsvorgängen nötig. Da ein solcher Prozess viele Jahre in Anspruch nimmt, sollten bereits heute die Weichen gestellt und erste Maßnahmen ergriffen werden.

VI. Das Internet gestalten

Das Internet ist weit mehr als ein reines Medium wie beispielsweise ein Fernseher über das man Informationen und Dienstleistungen vertreibt und anbietet bzw. konsumiert. Das Internet selbst ist wesentlicher Teil der Gestaltung der Digitalisierung. Dies betrifft sowohl die Frage mit welchen Parametern und Standards man arbeiten will, als auch welche Datenspeicher und Anbieter die richtigen sind sowie die Gestaltung des Netzes selbst, des Codes und der Offenheit von Schnittstellen. Einstellungen und strategische Entwicklungen müssen aus übergeordneter Sicht eine hohe Priorität haben, da es sich hier um die Zentralsteuerung des Netzes handelt. Deutschland sollte sich zudem das Ziel setzen, auf Platz 1 bei der Erforschung und Weiterentwicklung des Internets und der Ausgestaltung der Digitalisierung in allen Bereichen im internationalen Vergleich zu liegen. Ein Schwerpunkt der Forschungsförderung durch spezifische Programme und Vernetzungsansätze sollte deswegen in diesem Bereich verankert werden.

VII. Digitale Außenpolitik

Damit einhergehend kommen Fragen der Internet Governance, transnationale und weltweite Rechtsstandards wie auch eine Strategie, um den offenen wertegetriebenen Charakter des Internets in Länder und Bereiche zu exportieren, in denen andere Vorstellungen und Standards im Bezug auf Teilbereiche oder das Internet als Ganzes herrschen. Auch deswegen muss es eine neue Digitale Außenpolitik geben. Dies hinsichtlich der Vermittlung des Wissens und des gewünschten Charakters des Internets, wie auch vor dem Hintergrund, dass Außenpolitik in Zukunft immer stärker von digitaler Diplomatie geprägt sein wird. Außenpolitik wird zukünftig in Teilbereichen wie ein schlagkräftiges multinationales Unternehmen arbeiten müssen um mithalten zu können.

VIII. Digitale Wirtschaft

Die digitale Wirtschaft ist ein weiterer Schlüssel für eine erfolgreiche Gestaltung der Digitalisierung. Mit der Digitalen Agenda verschiebt die Bundesregierung hier bereits Schwerpunkte und die Entwicklung der digitalen Wirtschaft wird prioritär. In Deutschland gibt es aufgrund einer starken mittelständischen Industrie die besondere Herausforderung, gerade diese, aber auch alle anderen Wirtschaftszweige erfolgreich in die Digitalisierung zu führen. Der Fokus sollte darüberhinaus aber auch stark auf der Ansiedelung ausländischer Unternehmen aus dem digitalen Sektor in Deutschland liegen. Zur digitalen Wirtschaft gehört auch die Kultur- und Kreativwirtschaft. Das Internet ist für alle Produzenten von digitalen Gütern insbesondere auch aus dem Kreativsektor ein nahezu ideales Medium um die Waren mit äußerst geringen Kosten vertreiben zu können. An dieser Schnittstelle besteht noch erheblicher Nachholbedarf. Dies auch vor dem Hintergrund, dass Gesetzesverschärfungen und schärfere Rechte zum Schutz des geistigen Eigentums oftmals eine kontraproduktive Wirkung haben. Es gilt hier nachzusteuern und clevere Geschäfts- und Vertriebsmodelle zu unterstützen. Dies auch vor dem Hintergrund der Bedeutung von kreativen Gütern für unsere Gesellschaft.

IX. Der digital kompetente SPD-Ortsverein

Die Ortsvereine der SPD haben nicht nur eine lange Tradition, sondern auch eine große Bedeutung für die Partei. Blickt man auf den Umgang und die Befassung mit der Digitalisierung, so muss konstatiert werden, dass es hier erheblichen Nachholbedarf gibt. Für die SPD ist es aber eine wichtige Frage, ob es gelingt, diese auch zu Anlaufstellen für Fragen rund um die Digitalisierung zu machen. Der Beratungsbedarf bei Fragen rund um Technik, Anbieter und Dienstleistungen, Struktur- und Investitionsinteressen von Privatpersonen und Unternehmen wie auch die politische Debatte zur Ausgestaltung der Digitalisierung ist enorm. Ein Beginn wäre hier in jedem Ortsverein einen Digitalbeauftragten zu etablieren. Dies könnte ein Baustein sein, um die Gestaltung und entsprechende Antworten zum Umgang mit der Digitalisierung in die Fläche zu tragen.

X. Überarbeitung des SPD-Programms

In der Geschichte der SPD wurde das Programm immer dann überarbeitet, wenn wesentliche gesellschaftliche Veränderungen besser abgebildet werden sollten. Mit der Digitalisierung ist nun abermals genau dieser Fall eingetreten. In den obigen Ausführungen wird deutlich, an welchen Stellen eine Überarbeitung des Programms möglicherweise sinnvoll sein könnte. Will man die SPD als Partei der Digitalisierung ausrichten, so ist dies einer der notwendigen Schritte. Neben einem zusätzlichen Bundesparteitag zur Digitalisierung sollten zudem auch insbesondere die Bedeutung der Digitalisierung für die Fläche und ländliche Regionen in den Fokus genommen werden. Diese begleitenden Maßnahmen würden in guter Weise mit den Planungen und der Gestaltung der Digitalen Agenda auf Bundesebene korrespondieren.



E. Kontakt und Informationen zum Autor

Philipp Otto arbeitet als Rechtswissenschaftler, Journalist und Berater. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der strategischen Entwicklung von Strukturen, Konzepten und Modellen zur schnellen und konstruktiven Bewältigung von Herausforderungen die durch die Digitalisierung und das Internet für die Politik, sowie öffentliche und private Einheiten entstehen.

Er ist Partner beim Think Tank [iRights.Lab](#), Redaktionsleiter des Informationsportals und Webmagazins zum Urheberrecht und weiteren digitalen Entwicklungen [iRights.info](#), Leiter des Projekts „[Braucht Deutschland einen Digitalen Kodex?](#)“, Projektleiter des vom BMELV / BMJV geförderten Informationsportals zu Cloud Computing [iRights Cloud](#) sowie Gründer des Verlages [iRights.Media](#). Er ist zudem Herausgeber der jährlich erscheinenden Publikation "[Das Netz - Jahresrückblick Netzpolitik](#)", für die amerikanische NGO Freedom House ist er deutscher Berichterstatter für den Bericht „Freedom on the Net 2014“.

Philipp Otto konzipierte beispielsweise für die Bundeszentrale für politische Bildung das [Online-Dossier Urheberrecht](#), für die Heinrich-Böll-Stiftung den Reader "[Copy.Right.Now!](#)", für den SPD-Parteivorstand den "[Online-Ratgeber Seniorinnen und Senioren sicher im Netz](#)", für die Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen die Publikationen "[Spielregeln im Internet](#)" und „Arbeitsalltag digital“.

Er war Visiting Researcher beim [Berkman Center for Internet & Society](#) an der Harvard University, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Mitgliedern des Deutschen Bundestags (u.a. Lothar Bisky, Herbert Behrens) für den damaligen Unterausschuss Neue Medien und die Enquete-Kommission Internet und digitale

Gesellschaft. Zudem ist er Mitgründer und Mitbetreiber der [Initiative gegen ein Leistungsschutzrecht \(IGEL\)](#), Mitglied der [Expertenkommission des Kreativpakts](#) der SPD-Bundestagsfraktion sowie war Mitglied der [Expertenkommission des BMBF](#) für ein innovationsfreundliches Urheberrecht im 21. Jahrhundert, sowie Delegationsmitglied des Chinesisch-Deutschen Rechtsstaatsdialogs. Zudem war er Sachverständiger zum Thema Open Educational Resources in Anhörungen im [Landtag Nordrhein-Westfalen](#) und im Abgeordnetenhaus Berlin.

Kontakt:

Philipp Otto

E-Mail: otto@irights.info

Twitter: @PhilippOtto

Website: www.irights-lab.de

Website: www.irights.info